

› KOMMUNALE UNTERNEHMEN SICHERN ZUKUNFT



› 734.000 Arbeitsplätze

Auf jeden Vollzeitbeschäftigten eines VKU-Mitgliedsunternehmens entfallen nahezu **zwei** weitere Beschäftigte in Deutschland (genau 1,8). Die kommunalen Unternehmen sichern Arbeitsplätze für insgesamt **734.000** Menschen in Deutschland von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen, von Görlitz bis Kleve, in Metropolen wie im ländlichen Raum.



› 16,7 Milliarden Euro Einkommen

Jedes Einkommen in einem VKU-Mitgliedsunternehmen generiert etwa **ein** weiteres Einkommen in Deutschland (genau 0,9). Insgesamt sind die kommunalen Unternehmen in Deutschland für ein Einkommen in Höhe von **16,7** Milliarden Euro verantwortlich. Damit setzen die kommunalen Unternehmen in Deutschland nicht nur direkte Nachfrageimpulse in der Region, sondern schaffen und sichern weitere Arbeitsplätze über die Ausgaben ihrer Mitarbeiter im Wirtschaftskreislauf.



› 23,7 Milliarden Euro Steuern

Die kommunalen Unternehmen in Deutschland haben **23,7** Milliarden Euro Steuern generiert. Mit ihrer wirtschaftlichen Betätigung leisten kommunale Unternehmen einen zentralen Beitrag zur Finanzierung des Allgemeinwesens.

› INHALT

KOMMUNALE UNTERNEHMEN SICHERN ZUKUNFT

Infrastrukturen im Wandel: Leistungen der Daseinsvorsorge sind die Basis für eine starke Wirtschaft und lebenswerte Gesellschaft	6
Digitaler Wandel: Daseinsvorsorge 4.0	6
Kommunalwirtschaft in Europa gestalten	8
Ordnungsrahmen im Wandel: Besondere Rolle in der Daseinsvorsorge berücksichtigen	9



KOMMUNALE UNTERNEHMEN SICHERN ZUKUNFT

Geeignete politische Rahmenbedingungen stärken das Potenzial kommunaler Unternehmen, damit die Formel aufgeht: „Starke Kommunen und starke kommunale Unternehmen für ein starkes Deutschland“. Als Spitzenverband der kommunalen Unternehmen unterbreitet der VKU darum konkrete Vorschläge.

› KOMMUNALE UNTERNEHMEN SICHERN ZUKUNFT

Infrastrukturen im Wandel: Leistungen der Daseinsvorsorge sind die Basis für eine starke Wirtschaft und lebenswerte Gesellschaft

Eine moderne Daseinsvorsorge ist heute notwendiger denn je. Gerade in Zeiten des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft durch Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografische Entwicklungen kommt die wesentliche Rolle der Kommunen und ihrer kommunalen Unternehmen zum Tragen.

Sie sind Teil der lokalen und regionalen Gesellschaft. Das gehört zu ihrem Selbstverständnis und ihrer Kultur. Die Bürger wissen die Regionalität zu schätzen, darin liegen Nähe, Verbundenheit und Stärke – Eigenschaften, über die kommunale Unternehmen verfügen. Sie sind durch ihre kommunale Eigentümerschaft und ihre demokratische Legitimation nah am Kunden und gehören dem Bürger. Das schafft Vertrauen. Kommunale Unternehmen sind aber auch gute Partner und ein Stabilitätsanker für die Wirtschaft vor Ort. Denn sie investieren vor allem vor Ort und vergeben Aufträge an das regionale Handwerk und Gewerbe.

Überall, wo Menschen und Unternehmen sind, werden die passenden Infrastrukturen und Leistungen der Daseinsvorsorge benötigt. Die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge sichern attraktive Lebensverhältnisse und sind entscheidender Standortfaktor. Das gilt in Städten wie in ländlichen Räumen. Darum kümmern sich die kommunalen Unternehmen.

UNSERE POSITIONEN

- Leistungsfähige und nachhaltige kommunale und kommunalwirtschaftliche Strukturen stärken Deutschland. Deshalb sollten alle gesetzgeberischen Maßnahmen in sich schlüssig sein und ressortübergreifend abgestimmt werden, wenn sie Auswirkungen auf kommunale Unternehmen und deren Investitionen in Infrastrukturen haben. Das gilt zum Beispiel für die Umsetzung der Energiewende oder Digitalisierung.
- Eine isolierte Betrachtung einzelner Themenkomplexe führt regelmäßig zu unsachgemäßen Ergebnissen. Die Nachteile treffen die kommunalen Unternehmen und ihre Kommunen besonders schwer. Darum ist eine Gesamtwürdigung aller möglichen Konsequenzen notwendig – im regulierten und im nichtregulierten Sektor.

Digitaler Wandel: Daseinsvorsorge 4.0

Für die Zukunft gilt: Alles, was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert. Die digitale Transformation erfasst bereits jetzt wesentliche Bereiche des Lebens und Wirtschaftens. Das betrifft auch die kommunale Daseinsvorsorge.

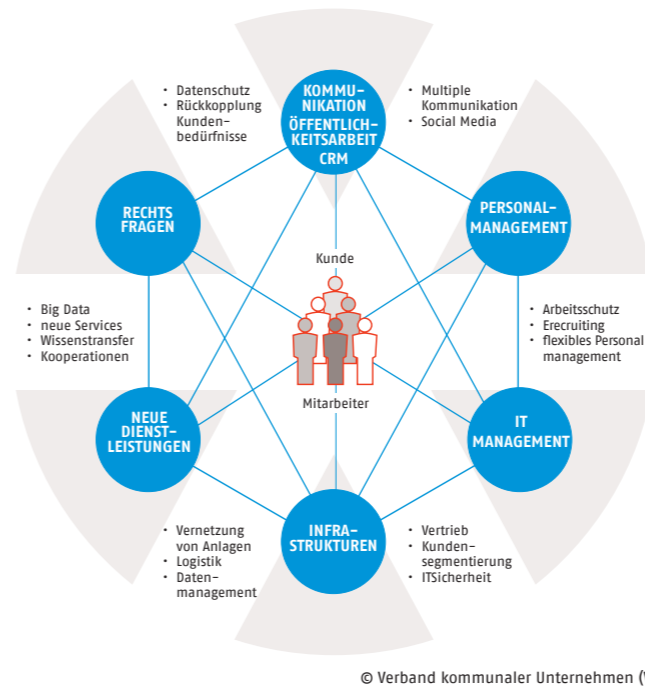
In den Kommunen fallen unendlich viele Daten an, beispielsweise aus der Energie- und Wasserversorgung, dem ÖPNV oder der Verwaltung. Kommunen und ihre kommunalen Unternehmen schaffen mit den Daten zukünftig einen regionalen Mehrwert für die Bürger, unter Einhaltung strenger Schutzstandards und einer entsprechenden Datensparsamkeit.

Kommunen und die kommunalen Unternehmen sind wesentliche Akteure und die richtigen Partner für das erfolgreiche Ge-

lingen der digitalen Transformation. Sie sind direkt vor Ort und nah am Kunden. Sie sorgen für den Ausbau leistungsfähiger Breitbandinfrastruktur. Sie bieten nachhaltige Mobilität, dezentrales Energiemanagement oder ein intelligentes Zuhause. Und sie suchen neue Wege der Kundenkommunikation. Die Bürger schätzen diese Daseinsvorsorgeleistungen der kommunalen Unternehmen und bringen ihnen ein hohes Vertrauen entgegen.

Die kommunalen Unternehmen gehen dabei mit der Zeit. Sie bieten mehr an als „nur“ neue Dienstleistungen. Die digitale Transformation in Deutschland setzt eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet voraus. Und kommunale Unternehmen zählen zu den treibenden Kräften beim Breitbandausbau – auch in abgelegenen Gebieten. Sie setzen dabei überwiegend auf zukunftsfähige Glasfasertechnologie. Damit sichern sie flächendeckend gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliches Wachstum. Sie verantworten auch den zuverlässigen und effizienten Aus- und Umbau sowie die Unterhaltung der physischen Infrastruktur. Dritte Akteure sind dagegen hauptsächlich am Dienstleistungsgeschäft AUF dem Netz interessiert.

NEUE VERNETZUNGEN (UND THEMEN) INNERHALB EINES KOMMUNALEN UNTERNEHMENS



UNSERE POSITIONEN

- Kommunale Unternehmen und die Kommunen sind wesentliche Akteure und wichtige Partner für die Digitalisierung Deutschlands. In Ansätzen zur intelligenten Vernetzung auf lokaler und regionaler Ebene liegen die größten Potenziale, Stichwort Smart City/Smart Region. In einem „Schaufenster Intelligente Stadt“ können mit ausgewählten Städten und Regionen

konkrete Digitalstrategien zu erprobt werden. Dazu gehören beispielsweise auch E-Government-Ansätze. Damit können auch Vorbilder für vergleichbare Städte und Regionen gefördert werden.

- Eine leistungsfähige Breitbandversorgung wird zunehmend als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge gefordert. Diese Aufgabe muss bei der Schaffung des Rechtsrahmens für die digitale Transformation besonders berücksichtigt werden. Die politischen Kompetenzen für die digitale Transformation sollten auf Bundesebene an zentraler Stelle, am besten in einem eigenen Ressort, gebündelt werden.
- Die digitale Welt und ihre Produkte brauchen Rechtssicherheit, nicht nur beim Datenschutz und zu Haftungsfragen. Die bestehenden Gesetze müssen auf ihre digitale Brauchbarkeit hin überprüft, angepasst und auch geändert werden. Die Gesetzgebung darf der Digitalisierung nicht hinterherhinken, sondern muss mit ihr mindestens Schritt halten können. Ein zentrales „Digitalgesetzbuch“ ist hierfür die notwendige Voraussetzung.
- Kommunale Unternehmen sollten in nachhaltige und tragfähige Geschäftsfelder investieren können. Nur so können sie die Aufgaben für den Aus- und Umbau der Infrastruktur auch in Zukunft verlässlich wahrnehmen und die Chancen der Digitalisierung nutzen.

› **Kommunale Unternehmen** übernehmen auch im digitalen Zeitalter mit ihren Infrastrukturdienstleistungen wesentliche Aufgaben, die für die Gesellschaft unentbehrlich sowie für alle nachfolgenden Wirtschaftstätigkeiten essentiell sind:



Ohne schnelle **Breitbandversorgung...**
...keine Digitalisierung von
Wirtschaft und Gesellschaft.



Ohne verlässliche und intelligente
Energieversorgung...
...keine industrielle Produktion
und keine Versorgungssicherheit.



Ohne vor äußeren Angriffen
geschützte **Wasserver- und Abwasser
sowie Abfallentsorgung...**
...keine Gewährleistung essentieller
Daseinsvorsorgedienstleistungen und
keine Ver- und Entsorgung in der Fläche.

Kommunalwirtschaft in Europa gestalten

Heute setzt die europäische Gesetzgebung den Rahmen für fast alle kommunalwirtschaftlichen Tätigkeiten. Starke Kommunen mit leistungsfähigen kommunalen Unternehmen sind das Fundament der Europäischen Union.

Die übergeordnete ordnungspolitische Diskussion im europäischen Binnenmarkt, Wettbewerbs- und Steuerrecht ist entscheidend für die Erbringung kommunalwirtschaftlicher Dienstleis-

tungen. In Deutschland wird die Diskussion über kommunale Unternehmen unter dem Begriff der Daseinsvorsorge subsumiert. Im europäischen Ausland ist dieser Begriff jedoch nicht geläufig. Daher kommt es immer wieder zu Konflikten des deutschen Verständnisses der Kommunalwirtschaft mit europäischem Recht. Hier gilt es, die Grundsätze des Vertrags von Lissabon (2009) zu wahren, der die kommunale Selbstverwaltung im europäischen Primärrecht festschreibt.

Im Lichte der Ergebnisse des Referendums über die Mitgliedschaft von Großbritannien in der Europäischen Union wird zukünftig der Aspekt der Bürgernähe wieder stärker in den Mittelpunkt rücken. Das europäische Motto „In Vielfalt geeint“ heißt, dass die Bürger mehr in die Politikgestaltung eingebunden werden müssen – nicht zuletzt, um die Zustimmung zum „Projekt Europa“ zu erhalten und auszubauen. Die kommunale Ebene ist dafür der ideale Partner. Denn es sind die Kommunen, die in den meisten Fällen europäische Entscheidungen in die Praxis umsetzen. Sie sind nah am Bürger, kommunizieren direkt und ihre Entscheidungen sind demokratisch legitimiert.

UNSERE POSITIONEN

- Initiativen der EU dürfen die bewährten kommunalwirtschaftlichen Strukturen nicht gefährden. Wir appellieren an die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene für die Berücksichtigung der vereinbarten Grundsätze in sektorspezifischen Gesetzgebungen einzusetzen.
- Viele kommunale Unternehmen können an einer Vielzahl von Förder- und Finanzierungsmaßnahmen nicht

teilnehmen. Sie sind aufgrund ihrer kommunalen Eigentümerschaft aus dem Anwendungsbereich der EU-KMU-Definition ausgeschlossen. Deshalb plädieren wir dafür, dass der pauschale Verweis auf die KMU-Definition gemäß Artikel 3, Absatz 4 des Anhangs der Empfehlung der Kommission 2003/361/EG bei der Auflegung von Förderprogrammen ausgeschlossen wird.

- Häufige und regelmäßige Arbeitstreffen sollen den Austausch über eine bessere Rechtssetzung in der Netzregulierung optimieren. Diese sollen vor den europäischen Beratungen und zu deren Begleitung stattfinden. Insbesondere bei wiederkehrenden Gesetzgebungsverfahren, wie beispielsweise den sogenannten Netzkodizes, ist eine kontinuierliche Begleitung durch die Bundesregierung gemeinsam mit der Branche notwendig. Wir bieten der Bundesregierung an, einen regelmäßigen Dialog zu initiieren.

Ordnungsrahmen im Wandel: Besondere Rolle in der Daseinsvorsorge berücksichtigen

Kommunen und ihre Unternehmen haben effiziente und qualitativ hochwertige Infrastrukturdienstleistungen geschaffen. Der Verfassungsgeber schützt die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung in Artikel 28, Absatz 2 des Grundgesetzes. Damit erkennt er an, dass die soziale Teilhabe der Bürger und die wirtschaftliche Prosperität in den Gemeinden unverzichtbare Grundlagen für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen sind.

Die kommunalen Unternehmen brauchen dauerhaft eindeutige und belastbare rechtliche und steuerrechtliche Rahmenbedingungen. Diese müssen ihre besondere Rolle in der Daseins-

vorsorge beachten, ohne dabei Hemmnisse im Wettbewerb zu schaffen. Nur so finden sich sparsame, ressourcenschonende, bürgerfreundliche und kostengünstige Lösungen.

UNSERE POSITIONEN

- Kommunale Unternehmen brauchen faire und bundesweit vergleichbare wirtschaftliche ordnungspolitische Rahmenbedingungen. Nur so erreichen sie eine weiterhin möglichst hohe Wertschöpfung für die Kommunen und die Allgemeinheit. Aktuell machen insbesondere die mit der Digitalisierung einhergehenden neuen Betätigungsmöglichkeiten und die entsprechend steigenden Kundenerwartungen den Modernisierungsbedarf des Gemeindefirtschaftsrechts deutlich. Eine grundsätzliche Harmonisierung des Gemeindefirtschaftsrechts ist für ein Level-Playing-Field und eine freie, wirtschaftliche Betätigung in den Wettbewerbsbereichen notwendig.
- Die Beschaffungsprozesse kommunaler Unternehmen dürfen nicht länger durch Landesregelungen des Vergaberechts für Aufträge im sogenannten Unterschwellenbereich mit unnötigen Vorgaben überfrachtet werden. Das hat regelmäßig zur Folge, dass die Organisationshoheit der Kommunen aus Artikel 28, Absatz 2 des Grundgesetzes nicht respektiert wird. Die Beschaffungsprozesse kommunaler Unternehmen sollten daher im Wesentlichen durch die bestehenden Bundesregelungen, insbesondere im 4. Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), in der Vergabeverordnung und der Sektorenverordnung,

geregelt werden. Eine Pflicht zur Anwendbarkeit der neuen Unterschwellenvergabeordnung auch für kommunale Unternehmen ist nicht sinnvoll. Stattdessen müssen insbesondere auch die Bundesländer zurückhaltende sachgerechte Regelungen treffen.

- Hoheitliche Tätigkeiten kommunaler Unternehmen, die nicht im privatwirtschaftlichen Wettbewerb stehen, sollten weiterhin nicht der Steuerpflicht unterliegen. Die angekündigte Überarbeitung der europäischen Mehrwertsteuerrichtlinie sollte dem umfänglich Rechnung tragen. Alle Pläne der EU-Kommission sind abzulehnen, die Mehrwertsteuerpflicht im öffentlichen Sektor gegenüber dem Status quo auszuweiten. Vielmehr soll die Zusammenarbeit mehrerer öffentlicher Körperschaften dauerhaft ohne steuerliche Belastung möglich sein, wenn sie eine effiziente Nutzung hoheitlicher Infrastrukturen gewährleistet. Das sollte auch im Unionsrecht noch stärker als bisher herausgestellt werden.
- Um die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung des Abwassers weiterhin auch unter energetischen Gesichtspunkten effizient zu gewährleisten, ist die Politik gefordert, einen Rahmen zu schaffen, der die Nutzung der (natürlichen) Energiepotenziale in der kommunalen Wasserwirtschaft unterstützt. Dies betrifft insbesondere die energie- und stromsteuerrechtlichen Vorgaben.

Daseinsvorsorge sichert Lebensqualität – regional, verlässlich, nachhaltig.



#vku2017